

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 26

**Artikel:** Rumänien  
**Autor:** Brügger, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093733>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Das staatliche Produktivvermögen ist im Grunde das Ergebnis einer 40jährigen Arbeit der Gesamtgesellschaft. Deshalb ist die Frage, wem die Betriebe verkauft werden, in Osteuropa eine politische Frage ersten Ranges. Eigentlich müsste man zumindest einen Teil dieses Vermögens an die Bevölkerung (Volksaktien) verteilen, was aber praktisch kaum lösbar scheint. In diesem Falle besteht nämlich die Gefahr, dass die Armut die meisten Menschen zum Verkauf des Aktienbesitzes an Spekulanten treiben würde. Eine gerechte, für alle Schichten befriedigende Lösung erscheint hier als ungemein schwierig.

Es versteht sich von selbst, dass der Staat aus der Lenkung der Gesamtwirtschaft auch nach Einführung der Marktwirtschaft nicht aussteigen kann. Er soll nur mit dem Kommandieren der Unternehmen aufhören. Die vor 40 Jahren von der Sowjetunion aufgezogenen Wirtschaftsstrukturen müssen geändert werden. Die Gestaltung des neuen, den Gegebenheiten der einzelnen Länder entsprechenden Profils der Wirtschaft mit finanziellen Mitteln ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Es geht ja um die wirtschaftliche Zukunft der einzelnen Länder auf lange Sicht. Dementsprechend muss der Staat Massnahmen treffen, dass das einströmende ausländische Investitionskapital in die richtigen Kanäle fliesst und die investierenden ausländischen Unternehmen ihren richtigen Partner schnell, ohne eine langwierige Prozedur finden können. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen staatlichen Zulassungsverfahren, der Stempelbürokratie, wäre hier völlig fehl am Platze. Dies würde nur eine weitere Abschreckung westlicher Unternehmen vor einem osteuropäischen Investitionsabenteuer zur Folge haben.



Partei und Solidarnosc: «Zusammen.» («Szpilki», Warschau, Nr. 44/1989)

Zur Lösung dieser Probleme haben die chinesischen Reformer einen sehr erfolgreichen Weg gefunden, der jetzt, auch nach dem Staatsstreich der orthodoxen Kommunisten in der Parteispitze im Juni, unverändert blieb. Reformvater Deng Xiaoping gründete vor zehn Jahren ein grosses staatliches «Privatunternehmen» zur Modernisierung der chinesischen Wirtschaft mit ausländischem Kapital, die CITIC (China International Trust and Investment Corporation). Mit der Leitung der CITIC hatte Deng den einst reichsten chinesischen Unternehmer, Rong Yiren – «chinesischer Rockefeller» genannt – beauftragt. Im Vorstand sitzen auch chinesische Millionäre aus Hongkong und Macao. Die CITIC, die wichtigste Anlaufstelle für ausländische Investoren, die völlig selbständig mit «kapitalistischem» Management, geführt wird, besorgt alles, was für die Modernisierung Chinas wichtig ist. Die CITIC hat in zehn Jahren Dutzende von gemischten Unternehmen gegründet, die hauptsächlich für den Weltmarkt produzieren. Eine derartige Institution zum Import der gewünschten High-Tech gibt es in Polen oder Ungarn noch nicht.

Was in den polnischen und ungarischen Umgestaltungsplänen nicht zu finden ist, das sind die Vorstellungen, wie die Kaufkraft der Bevölkerung ziemlich schnell erhöht werden kann. Mit dem heutigen Lohn- und Einkommensniveau in diesen Ländern kann man kaum den Übergang zur Marktwirtschaft riskieren. Die Marktlage wird ja von der Nachfrage bestimmt, von der anwesenden Kaufkraft. Danach richtet sich die Warenproduktion. Die inneren Märkte spielen dabei eine sehr wichtige Rolle, weil die Exportchancen der Ostblockländer ohnehin gering sind. Ohne höheres Konsumniveau kann man – wie geplant – auch den Import nicht liberalisieren, denn die innere Produktion geriete sonst in grosse Gefahr, ihre Waren nicht absetzen zu können. Vorstellungen also, die Warenproduktion jahrelang schneller zu erhöhen als die Kaufkraft der Bevölkerung, sind total verfehlt und könnten den gewünschten Aufschwung in unbekannte Ferne rücken.

### Fazit

Zusammenfassend: Zu Wirtschaftsreformen brauchen die Länder Osteuropas erstens ein «Konkursverfahren» zur Bestandsaufnahme der Produktionsqualität der Betriebe, zweitens eine staatliche Vermögensabschätzung, drittens eine Reform des produzierenden Eigentums und eine umfassende Strukturreform der Wirtschaft, viertens eine zentrale Anlaufstelle für das ausländische Investitionskapital, fünftens die drastische Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung zur Ankurbelung der Produktion und schliesslich sechstens kompetente Regierungen, die im Hintergrund mit einem freigewählten Parlament die Kraft haben, diese unerlässlichen Operationen durchzuführen. ■

## Rumänien

**Das Jahr 1989 hat den Osteuropäern die Freiheit gebracht. Das heisst, die Osteuropäer haben sich die Freiheit geholt. Zuletzt unter hohen Blutopfern durch einen Volksaufstand in Rumänien.**

«Wenn in Rumänien der alte und störrische Ceausescu geht, wird wohl auch seine Familiensippe von ihren Posten gefegt, und dann bleibt so gut wie nichts an bisheriger Macht übrig. Das verspricht einen gründlichen Umsturz und vielleicht einen weniger gewaltlosen als in der DDR, denn die rumänische Tyrannei ist von der Art, die zur Abrechnung reizt.» Das hatten wir in der Nummer vom 16. November geschrieben, und einen Monat später liess sich der Umsturz an, zu dem allerdings nicht der Abgang des Diktators das Signal gegeben hatte.

Der öffentliche Protest kam zuerst, und bezeichnenderweise begann er in Siebenbürgen. Den allgemeinen Hintergrund bildete der gewaltige Aufbruch in den Nachbarländern, und den besonderen Anlass gab die sicherheitspolizeiliche Verschleppung des Pastors Laszlo Tokes. Die Bewohner von Temesvar/Timisoara, der ungarische und der rumänische Bevölkerungsteil zusammen, reagierten mit anschwellenden Strassendemonstrationen, und das Regime reagierte mit der besonderen Brutalität, die es schon zuvor ausgezeichnet hatte. Offensichtlich gedachte man die Lektion vom Juni auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking zu wiederholen, und was die Securitate mit ihren Truppen an Massakern veranstaltete, übertraf jenes «Vorbild» noch. Tausende wurden umgebracht, man folterte und ermordete die Gefangenen, einschliesslich Kinder.

Aber im Unterschied zu den Geschehnissen auf dem Tiananmen-Platz in China und zum landeseigenen Präzedenzfall von Brasov zwei Jahre zuvor vermochte das den Aufbruch nicht niederzuhalten. Vielmehr verbreitete er sich und griff auf Bukarest über. Ceausescu, von einem Staatsbesuch aus Iran zurückgekehrt, wollte am 21. Dezember seine eigenen Getreuen zu einer Kundgebung vor dem Präsidentenpalais zusammenerufen, aber statt des kommandierten Jubels brandete ihm der Ruf «Zurücktreten» entgegen. Das rumänische Fernsehen zeigte sein verstörtes Gestikulieren in Direktübertragung; das war sein letzter freigewählter Auftritt vor der Öffentlichkeit. Die nächsten Bilder von ihm strahlte das Fernsehen, inzwischen an die neue Macht übergegangen, am 25. Dezember aus; sie zeigten ihn vor der Hinrichtung.

Ceausescu wurde am 22. Dezember gestürzt und floh mit seiner Frau, die aktiven Anteil

Fortsetzung auf Seite 11

deutschen Mittelstelle), einer Zentrale zur Zersetzungsarbeit unter den Auslandsdeutschen, und zugleich Präsident der «Deutsch-Englischen Gesellschaft» und der «Deutsch-Französischen Gesellschaft». Die Dienststelle von Ribbentrop leitet zentral alle diese Vereinigungen, zu denen auch der «Deutsch-Akademische Austauschdienst» (Leiter SS-Standartenführer General von Masow) und andere getarnte Spionageorganisationen gehören. Enge Zusammenarbeit mit der Gestapo – der Vorgesetzte von Lorenz in der SS ist Gestapochef Heinrich Himmler – und mit den Nachrichten- und Spionageabteilungen des Heeres (Oberst Nicolai) und der Kriegsmarine (Vizeadmiral Canaris). Bei offiziellen und halböffentlichen Empfängen pflegt immer mindestens ein Repräsentant der Dienststelle Ribbentrop anwesend zu sein.»

Eine Woche vor dem Paktabschluss konnte man noch in der «Freiheit» lesen, es existiere in Russland eine ausgeprägte öffentliche Meinung über gewisse Fragen, die Russen würden sich keine Illusionen machen über die internationale Unmoralität des Faschismus. Sie würden die faschistischen Regierungen ohne Einschränkung als die einzig möglichen Feinde betrachten. Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes veranlasste die völlig konsternierten Kommunisten zu der Erklärung, mehr denn je der unversöhnliche Feind des internationalen Faschismus, vor allem des Nazifaschismus zu sein, der der bestialischste Faschismus und Hauptkriegstreiber sei. Handkehrum erklärte man aber, mit der Unterzeichnung des Paktes habe Hitler seine eigene Schwäche eingestanden, den der Pakt diene der Sache des Friedens. Und Bodenmann betonte, die Sowjetunion werde auch in Zukunft auf der Seite der Bedrohten und Angegriffenen stehen. Es war eine Rundumverteidigung. Geradezu krampfhaft verwendete man auch sozialdemokratische oder bürgerliche Spekulationen oder Argumente zum Pakt, wenn sie nur seiner Rechtfertigung dienten. Trafen diese ein, dann hatten sie diese zu ihren gemacht, trafen sie nicht ein – was mehrheitlich der Fall war –, dann war es nicht ihre eigene Meinung gewesen.

Am 26. 8. 1939 meldete die «Freiheit», dass der französische KP-Führer Maurice Thorez erklärt habe, die Kommunisten würden in den ersten Reihen stehen, wenn es trotz alledem zum Krieg kommen sollte, zur Verteidigung und Sicherheit des Landes und der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker. Auch Bodenmann erklärte, wenn der Faschismus den Krieg auslöse, werde er damit sein eigenes Grab schaufeln: «Alle friedliebenden und freiheitlich gesinnten Kräfte werden sich gegen ihn erheben, um die Niederlage so rasch wie möglich herbeizuführen.» Die Arbeiterschaft werde mit Ruhe und Entschlossenheit Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit der Schweiz mit dem Einsatz all ihrer Kräfte verteidigen und sehe gefasst den ersten Stunden entgegen.

Zwei Tage darauf konnte die «Freiheit» grosse, antifaschistische Erfolge des Paktes in Deutschland verbuchen: «Der Nichtangriffspakt ein Schlag gegen das Dritte Reich – Grosse Verwirrung in der SA – Das deutsche Volk will Frieden – Die Munitionsarbeiter werden isoliert – Hitler ist unsicher geworden – Hitler zum Frieden zwingen, das ist sein Untergang», so lauteten die fetten Schlagzeilen. Hitler fürchte nicht Chamberlain, sondern das deutsche Volk, er zittere von den Folgen im Lande selbst, denn das Friedenswerk der Sowjetunion habe einen entscheidenden Erfolg erzielt.

In den SA-Einheiten der Saar und der Pfalz herrsche grösste Verwirrung, die kriegsfeindliche Stimmung in der Bevölkerung wachse, so dass Himmler beschliessen musste, im Kriegsfall die Schutzpolizei durch die Totenkopfverbände der SS zu ersetzen. Es seien Massnahmen beschlossen worden, die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben von der übrigen Bevölkerung zu isolieren. Und die «Freiheit» erinnerte daran, dass seinerzeit die Munitionsarbeiter die ersten gewesen seien, die sich gegen die Fortsetzung des Kriegs und gegen Wilhelm II. erhoben hätten: «Heute steht schon einwandfrei fest, der Gründer des Antikominternpaktes hat mit dem von ihm unterzeichneten Nichtangriffspakt auch die Bazillen der deutschen Erhebung gegen Hitler aus Moskau mitgebracht.»

Anschliessend wurde die Warnung ausgesprochen, ein militärischer Angriff auf Deutschland würde das deutsche Volk mit Hitler wieder zusammenschweissen und würde die Volksmassen, die sich bereits weitgehend vom Nazismus gelöst hätten, wieder zu diesem zurücktreiben: «Niemand kann einem Volke die soziale Befreiung von einem reaktionären Joch im Innern des Landes durch einen Angriffskrieg von aussen gebracht werden.» Auch am folgenden Tage wurde diese Argumentation im gleichen Stil fortgesetzt: «Kann es Hitler in dieser Lage wagen, loszuschlagen, wenn Frankreich, England und Polen festbleiben?» Und die Antwort lautete: «Hitler ist in einer solchen Lage, dass er sich aus ihr nur retten kann, wenn die Chamberlain und Bonnet, die «Münchener», wieder goldene Brücken bauen. Denn Kriegsbegeisterung ist nirgends in Deutschland zu finden, aber die Gefahr für das Regime, wenn es zum Krieg kommen sollte, wächst!» Im Leitartikel der «Freiheit» vom 30. 8. 1939 wurde die Auffassung vertreten, dass eine neue Kapitulation vor Hitler und seinen Forderungen vorbereitet werde, und daraus die Schlussfolgerung gezogen: «Nach der diplomatischen Aktivität der letzten drei Tage, die auf ein neues «München» hinzielt, rechnen wir nicht mit dem Ausbruch des Krieges!» Zwei Tage später war er da ...

Fortsetzung von Seite 3

an seiner Diktatur gehabt hatte, vorerst aus der Hauptstadt. Der Sieg des Volkes stand fest, musste aber noch gegen die mordenden Truppen der Securitate verteidigt werden. Dass sich die regulären Streitkräfte der Armee auf die Seite der Aufständischen schlugen, erwies sich im unmittelbaren Kampf um die Macht als entscheidender Faktor.

Ein Komitee zur nationalen Errettung wurde gebildet und tagte im umkämpften Fernsehgebäude. Daraus sind bis zu den freien Wahlen, die im April stattfinden sollen, die neuen Behörden gebildet worden. Amtierender Präsident wurde der Altkommunist Ion Iliescu, der sich in den siebziger Jahren gegen Ceausescu gestellt hatte, und die provisorische Regierung steht unter dem Vorsitz des Ingenieurs und Dozenten Petra Roman.

Inzwischen hatte man Nicolae und Elena Ceausescu aufgebracht und machte ihnen am Weihnachtstag in einer Kaserne den Prozess. Sie wurden unter anderm des Massenmordes und des Hochverrates für schuldig befunden. Man verurteilte sie in einem zweistündigen Verfahren zum Tode und füsilierte sie anschliessend. Andere Mitglieder der Familie, die das Land beherrscht hatte, sind in Haft.

Der Fall Ceausescu wurde sehr rasch an sein Ende gebracht, entsprechend der faktischen Notwehrsituation, die immer noch im Land herrschte. Andererseits wäre in einem späteren öffentlichen Gerichtsverfahren wohl auch das Verhalten von etlichen Personen zur Sprache gekommen, die jetzt auf der richtigen Seite stehen, und die Konsolidierung der neuen Macht ist nun oberstes Gebot.

Die neue Führung hat es ohnehin schwer genug. Die Rumänen sind unter der grössenwahnsinnigen Herrschaft Ceausescus völlig verelendet, und das Land liegt wirtschaftlich am Boden. Und unter den Leuten, die sich des verhassten Diktators und seiner Prätorianer (unter denen sich Araber befunden haben sollen) entledigt haben, haben sich bereits erste Empörung und Enttäuschung laut gemacht. «Dass jetzt wieder Kommunisten an der Spitze stehen, dafür haben wir nicht geblutet.» Nach den Erfahrungen mit jeglichem Sozialismus ist der Anspruch auf ein alternatives System wirklich legitim. In den freien Wahlen vom nächsten Jahr wird die Bevölkerung ihren Willen manifestieren können, und inzwischen braucht es einen Übergang. Schon aufgehoben wurde immerhin das Gesetz zur Zerstörung von 7000 Dörfern.

Nicht eingegriffen hat die ganze Zeit über die Sowjetunion. Die Breschnew-Doktrin ist dort verschwunden. Sollte sie anderswo auftauchen, wird um schonendes Anhalten gebeten.

Christian Brügger